

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: www.linkswoorte-mittelsachsen.de
oder über die Seite des Kreisverbandes: www.dielinke-mittelsachsen.de

Mittelsächsische LinksWorte

18. November 2014

Nr. 87

8. Jahrgang



Der Freiberger Untermarkt mit dem Dom St. Marien, dem ehemaligen Domherrenhof (heute Stadt- und Bergbaumuseum) und dem ehemaligen Dekanat Untermarkt 1. Im Nachbargebäude Untermarkt 2 hatte der Dichter Theodor Körner seine Studierstube. Nach Reformation und Säkularisierung, als kein Domherr und kein Domherrenhof mehr benötigt wurden, diente der Domherrenhof als Lateinschule und später als Gymnasium. Die Freiberger Lateinschule ist neben der Nikolaischule in Leipzig die älteste Sachsens. Sie wurde im Jahr 1515 von der Freiberger Bürgerschaft als städtische Lateinschule gegründet und feiert somit im kommenden Jahr ihr 500-jähriges Jubiläum. Noch ein Freiberger Jubilar im Jahr 2015: Die altherwürdige Bergakademie wird 250 Jahre alt.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

1. Mit dem Blick nach vorn:

DIE LINKE und die Forderung nach einer neuen Erinnerungspolitik

2. Kommunales im Blickpunkt:

Der Kreistag vom Oktober und die Haltung der Fraktion der LINKEN

3. auf den Punkt gebracht:

Die imperiale Macht vor und im 1. Weltkrieg und die aktuellen Krisenherde

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & wahlwertung
4/5	titelthema 1: neue erinnerungspolitik
6/7	titelthema 2: kreistag vom oktober aus dem blickwinkel der linksfraktion
8	titelthema 3: 1. weltkrieg und gegenwärtige krisen
9	seite der linksjugend [solid]
10	serie zur nachhaltigkeit: heute mittelsächsisches theater
11	kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage dezember 2014
12	termine & veranstaltungen & gedenken

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 9. Dezember. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 3. Dezember. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag 2014.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für die LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Kreissparkasse Freiberg

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Zuschriften mit kritischen und auch polemischen Hinweisen sind ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.
KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Marika Tändler-Walenta, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

Layout, Satz und Fotos: A • Bi • Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b
09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ können über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort die aktuelle Ausgabe der „LinksWorte“ und das Archiv.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

schon steuert das Jahr 2014 seinem Ende entgegen. Die Wahlkämpfe sind geschlagen, in Brandenburg, Thüringen und Sachsen werden die neuen Kabinette formiert - in Brandenburg mit der LINKEN und in Thüringen wahrscheinlich mit einem linken Ministerpräsidenten - und im Landesverband der sächsischen LINKEN steht weiterhin die Auswertung der Wahlen im Mittelpunkt, zu deren Abschluss bis Jahresende eine schriftliche Wahlauswertung vorliegen wird.

Aus aktuellen Anlässen heraus hat die inhaltliche Auseinandersetzung zugenommen, die sich vor allem auf eine Frage konzentriert: Was war die DDR eigentlich in ihrem Wesen. Da boten der 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer und der Öffnung der innerdeutschen Grenze und ein bei den Thüringer rot-rot-grünen Sondierungsgesprächen entstandenes Papier unter der Überschrift „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte.“ genügend Angriffspunkte gegen DIE LINKE als angeblicher „SED-Nachfolgepartei“. Aber die Unrechtsstaats-Diskussion führt auch in der LINKEN selbst zu sehr kontroversen Diskussionen. Deshalb drucken wir in unserem ersten Titelthema eine Erklärung von Katja Kipping, Bernd Rixinger und Gregor Gysi unter der Überschrift „Brücken bauen - Zeit für eine neue Erinnerungspolitik“ ab und berichten über eine Veranstaltung in Chemnitz, in welcher unter Federführung des ehemaligen Landes- und Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, Peter Porsch, über den „Unrechtsstaat“ diskutiert wurde.

Die „Alltags-Arbeit“ der Linksfraktion im mittelsächsischen Kreistag hat spätestens mit der ersten regulären Kreistagssitzung der neuen Legislaturperiode am 15. Oktober begonnen. Unser Redaktionsmitglied Sabine Lauterbach berichtet im Titelthema -2- in dieser Legislatur erstmals als Fraktionsmitglied - über diese Beratung.

Als drittes Titelthema erscheint heute ein Leserbrief von Reinhard Kluge aus Rechenberg-Bienenmühle, der eigentlich der „Freien Presse“ zugehört war, dort aber leider keine Beachtung fand. Er beschäftigt sich mit dem imperialen Denken vor und im 1. Weltkrieg, der bekanntlich vor 100 Jahren begonnen hat, und dem Blick auf heutige Krisen.

Die Jugend kommt auch in unserer heutigen Ausgabe wieder auf ihrer „solid“-Seite zu Wort und wir setzen - wie im Frühjahr angekündigt - unsere Serie zur Nachhaltigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung im weitesten Sinne fort. Im Mittelpunkt heute: ein Beitrag aus der Feder von Achim Grunke aus Freiberg zum Mittelsächsischen Theater.

Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir wieder eine anregende Lektüre.

wie ein selbsternannter drachentöter im bundestag die „elenden reste einer drachenbrut“ besiegte

von unserem Redaktionsmitglied Ruth Fritzsche

Der 25. Jahrestag des Mauerfalls, der in den letzten Wochen alle Medien, sicherlich nicht nur zu meinem eigenen Überdruß beschäftigte, so dass man als LINKE schon nicht mehr hinhören und hinsehen konnte, warf auch im Bundestag seine Schatten voraus. Der Bundestagspräsident, Herr Lammert, fühlte sich veranlasst, den selbsternannten Drachentöter Wolf Biermann zur Feierstunde in den Bundestag einzuladen. Was er sich davon wohl versprochen hat? Es war ihm ja bestimmt nicht unbekannt, dass dieser Herr seit 1965 in der DDR Auftrittsverbot hatte und nach seinem Exkurs im Jahre 1976 in der BRD aus der DDR ausgebürgert wurde. Das war ja damals von der Parteiführung der SED und der Regierung der DDR veranlasst worden.

Obwohl er angeblich nur singen sollte, fühlte sich Biermann veranlasst, in einer unflätigen Art und Weise über die Fraktion der LINKEN herzufallen. Der Höhepunkt dabei war, dass er sich freute, dass Herr Lammert ihn hierher gelockt habe. Er ahne auch, „dass sie (Herr Lammert) hoffen, dass ich den Linken ein paar Ohrfeigen verpasse“. So nannte er unsere Abgeordneten den „Rest der Drachenbrut“ sowie den „elenden Rest dessen, was zum Glück überwunden ist.“ Die LINKE sei weder links noch rechts, sie sei reaktionär. Mit ein paar lapidaren Worten wurde er von Herrn Lammert zurechtgewiesen, die er wohl selbst nicht ernst genommen hat. Das schlimme dabei war aber, dass unsere Bundeskanzlerin Angel Merkel und Siegmund Gabriel, seines Zeichens SPD-Chef, dem selbsternannten Drachentöter für seine gewählten Worte mit Schulterklopfen und Umarmung Achtung zollten.

Ich meine, dass es richtig war, dass Gregor Gysi in seiner Rede nicht auf die Provokationen eines Herrn Biermann eingegangen ist, die gesamte Linksfraktion ruhig blieb und auch nicht den Saal verlassen hat. Natürlich war ich empört. Ich aber habe mich dann beruhigt, als ich gelesen habe, dass ein kleiner Stoffdrache bei der Berliner LINKEN für sehr viel Heiterkeit sorgte.

nach-denken(s)-wert(es)

Wer die anderen neben sich klein macht, ist nie groß.

Johann Gottfried Seume

Es gibt keine großen Entdeckungen und Fortschritte, solange es noch ein unglückliches Kind auf Erden gibt.

Albert Einstein

die auswertung der wahlen - weiterhin ein thema

von Hans Weiske

Einiges an Wasser ist seit Mitte September, dem Termin der Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen, die Freiburger Mulde und die Zschopau hinabgeflossen. Noch zwei Wochen mehr sind es seit der Landtagswahl in Sachsen. Und der seitherige Gang der Dinge in den drei Bundesländern könnte unterschiedlicher nicht sein.

- In **Brandenburg** - wo DIE LINKE eine ziemliche Wahlschlappe hinnehmen musste - vollzog sich der Start in die neue Legislatur erstaunlich geräuchlos. Die neue Regierung ist seit 5. November im Amt. DIE LINKE verlor einen Ministerposten (bisher vier) an den Koalitionspartner SPD. Seitens der LINKEN, so der Landesvorsitzende **Christian Görke**, seien die notwendigen Schlussfolgerungen aus dem Wahldebakel gezogen worden. (DIE

vor allem Passagen aus einer Anlage zum Protokoll der rot-rot-grünen Sondierungsgespräche vom 23. September. In diesem wird festgestellt, dass die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat war (siehe zu dieser Problematik auch unseren Artikel auf Seite -5-).

- In **Sachsen** läuft alles wie vorhersehbar - die SPD legt sich als Juniorpartner ins Bett der CDU, Träume von Rot-Rot-Grün - wenn sie je realistisch waren - sind geplatzt. Am 10. November - etwa zehn Wochen nach den Wahlen - wurde der schwarz-rote Koalitionsvertrag unterzeichnet. Fast alles ist so, wie nach der Landtagswahl 2004, als Georg Milbradt nach Jahren der Alleinherrschaft der CDU gezwungen war, eine Große Koalition mit der SPD einzugehen. Jetzt droht der SPD ein ähnliches Desaster, wie nach den damaligen Jahren der Regierungsverantwortung. Erstaunlich für mich ist nur, dass über 80 Prozent der sächsischen SPD-Mitglieder, die am

auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
kritischer meinungsbeitrag

Es ist üblich im Blätterwald der Republik, der verschiedensten Anlässe der „friedlichen Revolution“ von 1989 zu gedenken. Verbliebene Wissende um das Erbe von Karl Marx ordnen das Geschehen in zwei Phasen ein: Die eine, nämlich die erste Phase unter der Überschrift „Wir sind das Volk“ war tatsächlich der Beginn einer Revolution. Hingegen die zweite unter der Überschrift „Wir sind ein Volk“ war im klassischen Sinne eine Konterrevolution. Öffentlich gewürdigt mit Jubiläumstagen wird, wie könnte es anders sein, die Konterrevolution.

Aber es gibt auch Jubiläen aus der ersten Phase. Diese Kolumne wird am 4. November 2014 geschrieben, genau fünfundzwanzig Jahre nach dem 4. November 1989. An jenem Tag fand auf dem Berliner Alexanderplatz eine Kundgebung statt. Man würde sich wünschen, ein Mitschnitt der Veranstaltung wäre als DVD verfügbar. Es waren Lehrstunden über den Bewusstseinsstand der DDR-Bevölkerung. Fast alle Rednerinnen und Redner traten für eine Hinwendung zu einer besseren DDR ein. Man könnte auch sagen, sie forderten endlich die versprochene sozialistische Republik. Mit Konsequenz ging man mit den Vertretern der Nomenklatura der Mittelmäßigen, oder treffender mit der Minderheit der privilegierten Unfähigen und Anmaßenden, ins Gericht. Vertreter der verkrusteten Strukturen wurden gellend ausgepiffen. Manchmal traf es auch bedingt Schuldige wie Markus Wolf, die einfach zu lange „mitgemacht“ hatten, anstelle etwas zum Besseren zu ändern. Nur von Einem war nicht die Rede: Eine Vereinigung mit der zwar wohlhabenden, aber gesellschaftlich zurück gebliebenen Bundesrepublik Deutschland.

Die antikapitalistischen Vorstellungen von einer sozialistischen Republik sind auch heute nicht bei Denjenigen verblasst, die sie miterlebt haben - die DDR. Zugegeben, dies sind inzwischen betagte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Aber diese haben Kinder und Kindeskiner, denen die Erfahrungen der Eltern und Großeltern nicht fremd sind. Diese Erfahrungen schwappen auch in den Westen. Nach Angaben der ZEIT glauben im Westen 40,7% der 18- bis 29-Jährigen, dass der Sozialismus im Prinzip eine gute Idee ist, die nur schlecht umgesetzt wurde. Im Osten sind es 63,4%. Es gibt wohl Einiges bei DerLinken zu verändern, bis diese Zeitgenossen in DerLinken ihre Partei sehen. (mm)



Zwei Jahre führte der mittelsächsische Kreisverband der LINKEN einen intensiven Wahlkampf - viel Prominenz der LINKEN kam zur Unterstützung. **Gregor Gysi** (auf dem linken Bild mit **Jana Pinka**) sprach im vergangenen Jahr in Döbeln und in diesem Jahr in Freiberg, mehrere Wahlkampftouren führten **Katja Kipping** (auf dem mittleren Bild mit **Sylvia Kempe**) nach Mittelsachsen, **Bernd Riexinger** (rechtes Bild) kam im vergangenen Jahr zu einer Veranstaltung nach Frankenberg.

LINKE gegenüber 2009 8,6 Prozent der Stimmen und erreichte mit nur 18,6 Prozent sogar noch weniger als DIE LINKE in Sachsen). Der Koalitionsvertrag sei „ein guter Wegweiser für eine gute, sozial gerechte Entwicklung Brandenburgs“. Aber es könne letzten Endes nur ein Minimalprogramm sein.

- In Thüringen zeichnet sich für die Legislaturperiode bis 2019 ein rot-rot-grünes Bündnis ab. Am 6. November haben sich LINKE, SPD und GRÜNE auf einen Fahrplan für die Koalitionsverhandlungen verständigt. Am 20. November soll der fertige Koalitionsvertrag der Öffentlichkeit vorgestellt werden, am 5. Dezember könnte mit **Bodo Ramelow** erstmals ein Politiker der LINKEN Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes werden. Die kontroversen Diskussionen zu einem linken Ministerpräsidenten wurden durch die zweifelhaften Äußerungen des Bundespräsidenten **Joachim Gauck** noch befeuert, der seine Vorbehalte gegenüber Rot-Rot-Grün in Thüringen darlegte. Für Diskussionsstoff in der LINKEN selbst sorgen

Mitgliedervotum teilnahmen, grünes Licht für eine Koalition mit der CDU gaben - den bitteren Erfahrungen im Jahr 2009 zum Trotz.

Und die Konsequenzen der sächsischen LINKEN aus dem - gelinde gesagt - bescheidenen Wahlergebnis vom 31. August?

Über den Start der Wahlauswertung und die kontroverse Diskussion, wie die Wahlergebnisse einzuordnen sind, haben wir in unserer Oktober-Ausgabe ausführlich berichtet. Nach den drei Regionalkonferenzen Anfang Oktober ist an dieser Front etwas Ruhe eingekehrt, zumal die „Unrechtsstaat-Diskussion“ von der Wahlauswertung weitgehend abgekoppelt wurde.

Mit der Klausur des Landesvorstandes und der Kreisvorsitzenden am 14. November (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) und der Beratung des Landesrates am 22. November wird der Schlusspurt der komplexen Wahlauswertung unter verschiedenen Gesichtspunkten für die Jahre 2013 und 2014 eingeläutet. Bis zum Jahresende 2014 soll die schriftliche Wahlauswertung vorliegen.

„brücken bauen - zeit für eine neue erinnerungspolitik“

Anlässlich des 25. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer und der Öffnung der innerdeutschen Grenze haben die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, **Katja Kipping** und **Bernd Riexinger**, und der Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE, **Gregor Gysi**, eine Erklärung abgegeben. Wir dokumentieren diese im Wortlaut. In ihr wird sich erneut zu Demokratie und Rechtsstaat bekannt und die Entschuldigung der damaligen PDS für in der DDR geschehenes Unrecht erneuert. *Erinnert wird aber auch an die „Reichskristallnacht“ im November 1938, die sich am gleichen Tag jährte.*

Gerade angesichts der teilweise auch innerhalb der LINKEN erbittert geführten Diskussion um den „Unrechtsstaat“ DDR, das in den Medien drohend aufgebaute Gespenst eines Ministerpräsidenten der LINKEN in Thüringen mit herbeigeredeten Auswirkungen auf das internationale Renommee Deutschlands, aber auch die Attacke des selbsternannten „Drachentöters“ Biermann auf die „elenden Reste der Drachenbrut“ ist es nützlich, sich Zeit für die gründliche Beschäftigung mit dieser Erklärung zu nehmen. Die Hervorhebungen haben wir vorgenommen. (hw)

Vor 25 Jahren fiel die Berliner Mauer. Die innerdeutsche Grenze wurde gewaltfrei geöffnet. **Die Gewaltlosigkeit des Mauerfalls wie der friedlichen Revolution in der DDR ist ein Verdienst der Bürgerinnen und Bürger der DDR.** Weniger als ein Jahr später war die DDR Geschichte.

Ein Staat ging unter, der seine Legitimität aus den deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg zog, und der für sich in Anspruch nahm, das „bessere Deutschland“ zu sein. **Die DDR ging 1990 nicht zuletzt deshalb unter, weil sie diesen Anspruch nicht einlöste.** Der real existierende Sozialismus scheiterte nicht zuerst an äußeren Umständen, sondern an seinen eigenen inneren Widersprüchen, an seinen Fehlern und Verbrechen, an Unfreiheit und ideologischem Dogmatismus, an seiner wirtschaftlichen Ineffizienz.

Ein Vierteljahrhundert nach diesen Ereignissen ist es Zeit, vor allem jenen zu danken, die damals die Mauer von Ost nach West zum Einsturz brachten. Hunderttausende gingen auf die Straße und läuteten einen historischen Wandel ein, der für viele von ihnen in dramatische biografische Brüche mündete. Wir würdigen diese Menschen, die sich in stürmischen Zeiten behaupten mussten und den politischen, ökonomischen und sozialen Wandel gestaltet haben.

Bis heute ist die Erinnerung an die DDR eine umkämpfte Geschichte. Bis heute dominiert in der offiziellen Erinnerungskultur eine Schwarz-Weiß-Malerei, die weder dem Land noch den Menschen gerecht wird. Die DDR war beides. Für viele Menschen war sie das Land, in dem sie geboren wurden, in dem sie einen Teil ihres Lebens lebten, und in dem sie eine Lebensleistung erbrachten, für die sie zu Recht jene Anerkennung erwarten, die ihnen zum Teil auf dem Lohnzettel und Rentenbescheid bis

heute vorenthalten wird. Aber die DDR war eben auch ein Staat, dessen Handeln durch die Abwesenheit freier Wahlen die grundlegende demokratische Legitimation fehlte, und in dem die politische Willkür jederzeit Recht und Gerechtigkeit ersetzen konnte, in dem zehntausende Biografien durch staatliches Unrecht gebrochen und zerstört wurden. **Dafür trug eine Partei die Hauptverantwortung, die SED.** Die PDS hat im Frühjahr 1990 die Abkehr vom Stalinismus als System zu ihrem Gründungskonsens gemacht, die Verantwortung für begangenes Unrecht übernommen und sich bei den Bürgerinnen und Bürgern der DDR entschuldigt.

Heute gehört die Erkenntnis, dass Grund- und Freiheitsrechte niemals auf dem Altar vermeintlich höherer Ziele geopfert werden dürfen, zu den programmatischen Kernsätzen der LINKEN. **Heute erneuern wir die Entschuldigung für begangenes Unrecht und das Bekenntnis, dass wir Demokratie und Rechtsstaat wie zwei Augäpfel zu hüten haben.**

Das zentrale Motiv einer neuen Erinnerungspolitik muss es sein, Brücken zu bauen und eine neue Kultur des Zuhörens zu etablieren. Wo die Erinnerung vordergründig im Parteienstreit instrumentalisiert wird, steht die Aufarbeitung und Versöhnung hintenan. Geschichtspolitische Rosinenpickerei mag der politischen Landnahme dienen, dem Lernen aus der Geschichte im Interesse von Demokratie und Rechtsstaat dient sie nicht.

Ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall ist es Zeit für eine neue Erinnerungspolitik, eine Erinnerungspolitik, die kein Unrecht verschweigt, die die vielen Spuren, welche die Geschichte seit dem letzten Jahrhundert hinterlassen hat, über die Epochengrenzen hinweg in einen gemeinsamen Aufarbeitungszusammenhang stellt, die allen Opfern den gleichen Respekt erweist, die den großen und kleinen Tätern auf der Spur bleibt, und die auch nicht vergisst, die Frauen und Männer der Dissidenz, des Widerstands und der demokratischen Selbstbehauptung zu ehren. Für diesen Neuanfang in der Erinnerungspolitik wird sich DIE LINKE einsetzen.

Am 9. November erinnern wir uns nicht nur an den Fall der Mauer. Wir erinnern uns ebenso an einen der dunkelsten Momente der deutschen Geschichte, den reichsweiten Pogrom gegen Jüdinnen und Juden, den das „Dritte Reich“ am 8. und 9. November 1938 unter dem Namen „Reichskristallnacht“ anzettelte. Wie kein zweiter Tag erinnert uns der 9. November daran, welche Spuren die Geschichte der vergangenen 100 Jahre in Deutsch-

land hinterlassen hat. Spuren des Unrechts und der Gewalt, Spuren der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung, Spuren der Dissidenz und des Widerstands, Spuren bürgerschaftlicher Selbstbehauptung, aber auch Spuren des braunen Terrors, die bis an die Gegenwart heran reichen. **Für DIE LINKE ist der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte. Wir werden uns an dem Suchprozess für eine sozialere, gerechtere und demokratischere Gesellschaft weiterhin aktiv beteiligen.**



„was uns bewegt? - das bild der ddr oder das heute mögliche“

Unter dem oben stehenden Motto fand am 7. November in Chemnitz eine von mehreren Veranstaltungen der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen e.V. statt. Es ging - etwas verkürzt gesagt - um den Standpunkt des Einzelnen zur DDR aus heutiger Sicht - Rechts- bzw. Unrechtsstaat oder keines von beidem, Diktatur, Regime?

Die Idee dazu wurde im Landesvorstand der LINKEN geboren. Die Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen wurde gebeten, die Organisation zu übernehmen. In Chemnitz saß Peter Porsch vor einer interessierten Hörerschaft und lieferte jede Menge Anregungen für die folgende lebhaft und inspirierende Diskussion. Wir berichten im folgenden davon.

von Hans Weiske

Das ca. 45-minütige Eingangsstatement von Peter Porsch war zweigeteilt: Zunächst ging er auf sein persönliches Verhältnis zur DDR („subjektiv und objektiv kein Unrechtsstaat“) und auf die Zeit seines aktiven politischen Wirkens („Veränderung beginnt mit Opposition“) in der und mit der PDS in Sachsen ein. Dann nach seinen eigenen Worten eine scharfe Zäsur, um sich mit dem „Doof-Wort Unrechtsstaat“ auseinander zu setzen. Seinen als Sprachwissenschaftler natürlich auch theoretisch geprägten Ausführungen stellte Peter Porsch eine Bemerkung von Bodo Ramelow voran, dass es Unsinn sei, die DDR auf ein Wort zu reduzieren. Bei seinen intensiven Recherchen in den diversen Fachwörterbüchern, so Porsch, sei er

nur im Duden-Universalwörterbuch fündig geworden. Dort werde der Begriff „Unrechtsstaat“ als abwertenden Gegenwort zum „Rechtsstaat“ verwendet. Intensiver nachzudenken habe er aber beim Begriff „SED-Unrechtsregime“ begonnen. Zwischen den beiden Verfassungen der DDR von 1949 und 1968 habe es mit der Festschreibung der führenden Rolle der SED eine Zäsur gegeben. Dadurch, dass sich die SED die Erkenntnis eines gewissen Geschichtsfatalismus anmaßte (*ich füge hinzu: „Die Partei hat immer recht“, hw*), konnte eine veränderte Rechtsauffassung impliziert werden, die es der SED selbst und über die Nationale Front mit den nicht um die Macht konkurrierenden Parteien ermöglichte, anders mit dem Recht umzugehen.

Porsch zu Thüringen. Dort gäbe es nicht nur jene die Gemüter erregende Protokollerklärung zu den rot-rot-grünen Sondierungsgesprächen, sondern auch eine grundsätz-

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN



lich Vereinbarung mit 17 konkreten Punkten, wobei mit jedem einzelnen gegenwärtig in Deutschland bestehendes Unrecht bekämpft oder beseitigt werden soll. Könne man, so Porsch am Ende seiner Ausführungen, nicht auch mit Blick auf die Bemerkung von Karl Marx im Brief an Wilhelm Bracke („Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme“), ganz pragmatisch mit dem „Unrechtsstaat“ umgehen? Es stehe die Alternative: „Wir haben in der PDS schon Härteres erduldet“ oder „genug jetzt“.

In der nachfolgenden Diskussion dominierte das „Wir erdulden das Doof-Wort Unrechtsstaat im Interesse der Gestaltungsmöglichkeiten der LINKEN Thüringens“. Allerdings gab es auch Gegenwind. So hatte die langjährige PDS-Landtagsabgeordnete **Angela Schneider** gemeinsam mit ihrem Mann **Rainer** in einem Offenen Brief er-

klärt: „empört und voller Zorn haben wir zur Kenntnis genommen, mit welchem nachträglich fiesen Verrat sich DIE LINKE eine Regierungsbeteiligung in Thüringen erkaufen möchte.“ In der Diskussion nahmen beide die Schärfe des Tons zurück, bekräftigten aber ihren Standpunkt in der Sache. Dagegen argumentierten **Frank Richter** aus Frankenberg und viele andere, dass wir jetzt nicht über den „Unrechtsstaat“ stolpern sollten.

Zum Schluss noch einmal Peter Porsch: „Wir hatten in der DDR nicht mehr die politischen Mehrheiten. Die mussten wir uns zusammenfälschen. Wir haben die Machtfrage über die Rechtsfrage gestellt. Die Macht haben wir verspielt“. Und er zog für sich persönlich die Schlussfolgerung, die aber jeder für sich selbst ziehen müsse: „Im Kreisverkehr haben die Thüringer Genossen die richtige Ausfahrt gewählt“.



Peter Porsch, Vorsitzender der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen e.V.

Peter Porsch feierte im Oktober seinen 70. Geburtstag. Er studierte von 1962 bis 1968 in Wien Germanistik und Anglistik und setzte sein Studium danach an der Freien Universität Berlin fort, wo er zusätzlich Politikwissenschaft studierte. 1972 promovierte er dort.

1973 übersiedelte Peter Porsch in die DDR. Deren Staatsbürgerschaft nahm er 1979 an. Bis 2005 war er in Leipzig ordentlicher Professor, bis zur politischen Wende für Sprachtheorie und Sprachsoziologie und danach für Dialektologie und Soziolinguistik. Im Jahr 2005 wurde Porsch nach einem Gerichtsverfahren wegen eines Stasi-Vorwurfs durch die Universität Leipzig ordentlich gekündigt. Prozesse von Peter Porsch über entsprechende Veröffentlichungen zu seiner angeblichen Informantentätigkeit für die Staatssicherheit dauern bis heute an.

Im Jahr 1982 trat Peter Porsch in die SED ein. Seit der sächsischen Landtagswahl im Oktober 1990 war er für die PDS Mitglied des Landtages. Von 1991 bis 1995 und danach erneut von 1997 bis 2001 war er Vorsitzender der PDS in Sachsen. Von 1994 bis 2007 leitete er die PDS- bzw. die Linksfraktion im Sächsischen Landtag. Von 2000 bis 2003 war Porsch einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der PDS. Bei der Landtagswahl im September 2004 kandidiert er als Spitzenkandidat und Herausforderer von Ministerpräsident Georg Milbradt. Die PDS konnte bei dieser Wahl leicht an Stimmen gewinnen und wurde erneut zweitstärkste Partei in Sachsen. (Quelle: Wikipedia)

von unserem Redaktionsmitglied Sabine Lauterbach,
Kreisrätin für DIE LINKE

Der erste Tagesordnungspunkt beschäftigte sich mit dem **Ausscheiden von Markus Thomas Boldt aus dem Kreistag**. Er gehört der SPD-Fraktion an. Als Grund nannte er seinen Wegzug aus dem Landkreis Mittelsachsen. Herr Damm von der CDU-Fraktion hat eine Strafanzeige gegen Herrn Boldt gestellt, weil dieser zum Zeitpunkt der Kreistagswahl seinen Wohnsitz nicht im Landkreis Mittelsachsen gehabt hätte. Es muss eine juristische Prüfung des Sachverhaltes erfolgen, denn es kann sein, dass ein unrechtmäßig erworbener Sitz verfällt. Da Herr Boldt zum Kreistag nicht anwesend war, konnte sein Nachfolger diesen Sitz noch nicht einnehmen.

Kreiskrankenhaus Mittweida – Modifizierung des Kreistagsbeschlusses vom 25.09.2013

Unsere Fraktion hat sich für den Erhalt des Standortes Frankenberg sehr stark gemacht. Es stimmt uns nachdenklich, was jetzt geschehen ist. Im Vorfeld haben wir die Landkreisverwaltung aufgefordert, uns aufzuzeigen, was in dem Jahr unternommen wurde, um den Kreistagsbeschluss umzusetzen. Herr Irmer, Geschäftsführer der Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH (LMK) hat zum Kreistag eine genaue Chronologie der Abläufe aufgezeigt. Aus unserer Sicht hat die Landkreisverwaltung und auch die Geschäftsführung der LMK alles notwendige getan. So wurde beispielsweise die Lastenfreistellung des Grundstückes in Frankenberg erreicht. Am 04. Februar 2014 wurde der Stadt Frankenberg das Angebot für den Kaufvertrag übergeben.

Für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur (Strom, Gas bis Ende April 2014, Wasser, Personal, Wachschatz, Wartung, technische Aufrechterhaltung Operationstrakt) mussten monatlich 20 T€ aufgebracht werden.

Anfang Januar wurde die LMK über den Krankenhausplan informiert. Die Bettenzahl wurde in diesem erhalten. Zudem sollte die Stadt Frankenberg ihr aktuelles Konzept vorzulegen. Dem wurde nicht nachgekommen. Obwohl zum Kreistag die Thematik sehr sachlich dargelegt wurde, haben sich die Frankenger Bürger auf den Zuschauerplätzen nicht gerade fair verhalten. Hier ist noch nicht angekommen, dass ein Alleingang im Haifischbecken der Krankenhauslandschaft nur sehr schwer umzusetzen ist. Wir als Kreisräte sind verpflichtet, die Belange des Landkreises zu vertreten. Trotzdem werden wir all unsere Hilfe zur Verfügung stellen, um den Frankenbergern bei der Umsetzung ihres Konzeptes zu helfen.

Bestellung eines hauptamtlichen Kreisbrandmeisters

Da der erst zum 01. Januar 2011 bestellt bisherige Kreisbrandmeister, Marcel Wilkau, nach erfolgter Ausbildung von der Stadt Chemnitz erfolgreich abgeworben wurde, mussten wir einen Nachfolger finden. Mit Gerald Nepp glauben wir, einen geeigneten neuen Kreisbrandmeister gefunden zu haben. Er war bisher Fachbereichsleiter Brand- und Katastrophenschutz des Landkreises Mittelsachsen.

Wahl des ersten Beigeordneten

Der bisherige erste Beigeordnete, Dr. Manfred Grätz geht zum 30.11.2014 in den Ruhestand. Die Stelle wurde somit neu ausgeschrieben. Es haben sich 17 Personen beworben, darunter waren nur drei Frauen. Auch ich habe von der Möglichkeit der Einsichtnahme in die Bewerbungsunterlagen,

Gebrauch gemacht. So richtig, wollte ich nicht glauben, dass keine Frau in den engeren Bewerberkreis kam. Aber keine der drei Frauen hat das Anforderungsprofil erfüllt. Insgesamt haben dieses nur fünf Personen erfüllt. Im Ältestenrat wurde sich geeinigt, dass sich drei Bewerber zum Kreistag vorstellen durften. Der bereits in der Presse genannte Dr. Lothar Beier (CDU) hat sich mit 45 Stimmen gegen die beiden Mitbewerber (15 und 21 Stimmen) durchgesetzt.

Das ist ein bisschen schade, weil die Möglichkeit bestand, einen guten Mann aus den alten Bundesländern wieder in die Heimat zurück zu holen.

Jahresergebnis der Kreissparkasse Döbeln

Im Jahr 2013 erzielte die Kreissparkasse Döbeln einen Gewinn in Höhe von 806.705,31 €. Davon gehen noch Steuern ab. Zudem muss ein Anteil der Sicherheitsrücklage zugeführt werden. Der Ausschüttungsbetrag in Höhe von 331.034,04 € geht in den Kreishaushalt.

Öffentliche Ausschreibung / Vergabe Betreuung von Asylbewerbern und anderen ausländischen Flüchtlingen

Dem Landratsamt wurden in diesem Jahr vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie von der Landesdirektion Sachsen ständig neue Zahlen prognostiziert. Im Zuge dessen war klar, dass die Zahl der Wohnheimplätze erhöht werden muss. Dazu gab es eine Ausschreibung für ein neues Heim für Asylsuchende. Obwohl vier Bewerber die Vergabeunterlagen anforderten, gab es nur eine Bewerbung. Anbieter ist die Campanet GmbH. Sie betreibt bereits zwei Asylbewerberheime in Freiberg auf der Chemnitzer Straße 50 sowie dem St. Niclas-Schacht 5. Die Fraktion SPD-GRÜNE gab zu bedenken, dass eine Konzentration auf Freiberg sehr bedenklich sei. Zum einen haben auch Asylbewerber einen Anspruch auf KITA-Plätze und benötigen ausreichend Schulkapazität. Dies sei durch den Geburtenanstieg in Freiberg nicht machbar. Zudem ist eine Integration der Flüchtlinge durch diese Konzentration auf einem Punkt nur sehr schwer möglich.

Unsere Fraktion bemängelt, dass so wenige Flüchtlinge dezentral untergebracht werden. Auch muss die soziale Betreuung verbessert werden. Deshalb fordern wir, dass Asylsuchende, die sich bereits länger als 12 Monate in Deutschland aufhalten, dezentral untergebracht werden. Hier muss natürlich eine Einbeziehung der Bevölkerung erfolgen. Unsere Bürger wissen nicht, wer kommt, woher die Menschen kommen, warum sie kommen, wie ihr Kulturkreis ist. Hier wollen wir Ängste nehmen und eine Integration erreichen.

Die Fraktion der SPD-GRÜNE wollte einen Antrag zu dieser Problematik einbringen, hat diesen jedoch auf den nächsten Kreistag vertagt. Die CDU-Fraktion hat einen weiterführenden Antrag gestellt. Dieser hat nur thematisch etwas mit der Sache zu tun, nicht inhaltlich. Trotzdem hat ihre Mehrheit dazu geführt, dass die Vorlage der Verwaltung um diesen Antrag erweitert wurde. Bis heute liegt uns der komplette Antrag NICHT vor. Dieser wurde zum Kreistag lediglich verlesen und an die Wand projiziert. Das ist die neue Demokratie des Kreistages. Die Minderheiten werden dazu gebracht, ihre Anträge zurück zu nehmen, die Mehrheiten müssen ihre Anträge nicht einmal den anderen Fraktionen zugänglich machen. Auf Grund einiger Formulierungen in diesem Antrag, die in keinsten Weise den Idealen der LINKEN entsprachen, konnten wir der Vorlage nicht zustimmen. Das hat nichts mit unserer Grundeinstellung zum Thema Asylbewerber zu tun. Wir werden die Rechtsaufsicht bitten, sich den TOP einmal genau anzuschauen. Wir können uns nicht vorstellen, dass hier nach aktueller Gesetzeslage gehandelt wurde.

Im Vorfeld haben sich einige Fraktionsmitglieder einmal ein Asylbewerberheim von innen angeschaut. Das wurde vom Landrat mit einem fragwürdigen Kommentar versehen. Aber wir sind an der Problematik hautnah dran, im Gegensatz zu der großen Fraktion der CDU.

sischen kreistag der neuen legislaturperiode

Tabellen 1 und 2: Unterkunftssituation der Asylbewerber und anderer ausländischer Flüchtlinge. Dabei ist zu beachten, dass bei den Prognosezahlen in der unteren Tabelle nur die Erstaufnahmen des Jahres 2014 erfasst sind.

Standort	Kapazität aktuell	Belegung zum 30.09.2014	Betreiber
Döbeln	210	162	Human care GmbH
Freiberg Chemnitzer Str. 50	166	164	Campanet GmbH
Freiberg Chemnitzer Str. 44	200	0	Campanet GmbH
Freiberg, Am St. Niclas Schacht 5	185	185	Campanet GmbH
Striegistal OT Mobendorf	248	186	Gemeinde Striegistal
Summe Gemeinschaftsunterkünfte	1009	697	
dezentrale Unterkünfte		110	
Summe		807	

	Datum	Anzahl
Prognose Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	23/01/14	640
Prognose Landesdirektion Sachsen	23/01/14	547- 625
Prognose Landesdirektion Sachsen	10/04/14	547- 781
Prognose	12/06/14	804
Prognose	25/08/14	968
IST	30/09/14	362
Differenz	Ende 2014	606

Entwurf der Haushaltssatzung für den Landkreis Mittelsachsen des Jahres 2015

Das Beste zuerst. Der Haushaltsplanentwurf sieht keine Erhöhung der Kreisumlage vor. Diese soll wie in den vergangenen Jahren bei 29,95 % liegen. Die Fraktion wird sich wie üblich in einer gesonderten Sitzung mit dem Kreishaushalt befassen. Eingeladen dazu sind als Kämmerer Herr Andreas Müller sowie der Fachbereichsleiter Finanzen, Herr Jörg Höllmüller.

Gründung des Vereins „Welterbe Montanregion Erzgebirge e.V.“

Aus Sicht der UNESCO und der diesbezüglichen Mitteilung an die Projektsteuerung Wirtschaftsförderung Erzgebirge GmbH ist für das zukünftige Management und die Zusammenarbeit mit der UNESCO die bisherige Form des ÖRV nicht ausreichend. Deshalb wurde der Verein gegründet. Mitglieder des Vereins sind die beteiligten Landkreise sowie 35 Städte und Gemeinden an. Der Kreistag stimmt der Gründung und der Satzung des Vereins zu.

Termine:

Der nächste Kreistag findet am 10. Dezember statt. In Vorbereitung finden folgende beiden Fraktionssitzungen statt:

- Mittwoch, dem 26.11.2014, zum Kreishaushalt 2015, in Freiberg
- Mittwoch, der 03.12.2014, zur Vorbereitung des Kreistages in Cunnersdorf



Gottfried Jubelt, neuer Vorsitzender der Fraktion der LINKEN im mittelsächsischen Kreistag



David Rausch setzt als neuer asylpolitischer Sprecher der Kreistagsfraktion erste Akzente in seiner Heimatgemeinde

Über die Wahl von Gottfried Jubelt aus Augustusburg zum Fraktionsvorsitzenden haben wir in unserer Oktober-Ausgabe bereits informiert. In unserer Dezember-Ausgabe folgt ein ausführliches Interview der LinksWorte mit dem neuen Fraktionschef der LINKEN.

So organisierte die LINKSfraktion des Geringswalder Stadtrates am 10. November eine Diskussionsrunde, bei der das Thema Asylpolitik im Mittelpunkt stand. David Rausch beleuchtete die aktuelle Situation im Landkreis. Mit den Gästen des Abends wurde auch über die Verantwortung jeder einzelnen Kommune debattiert.

wie die welt anders wurde - der erste weltkrieg und die gegenwärtigen krisen



von Dr. Reinhard Kluge, Rechenberg-Bienenmühle

Die Vorgeschichte zu diesem Beitrag ist schnell erzählt. Unser Leser **Reinhard Kluge** aus Rechenberg-Bienenmühle schrieb seine Gedanken zu einem Freie - Presse - Artikel vom 27. September nieder und schickte ihn an die Redaktion. Dort aber fand er keine Berücksichtigung (über die Gründe lässt sich trefflich spekulieren). Es geht darum, wie im Vorfeld (mit den sich nach 1900 extrem verschärfenden Interessengegensätzen in Europa) und nach Ausbruch des 1. Weltkriegs imperiale Politik betrieben wurde. Reinhard Kluge belässt es nicht bei einer Analyse der damaligen Situation, sondern wirft brennende Fragen zu den gegenwärtigen Krisenherden auf. Übrigens, dieser Tage jährt sich der deutsche Begeisterungstaumel zum 100. Male. Seit dem 4. August 1914 kannte Kaiser Wilhelm II. keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Einzig Karl Liebknecht votierte vier Monate später im deutschen Reichstag gegen die Gewährung der Kriegskredite.

Wer in der Presse (zum Beispiel in der Freien Presse vom 27.9.2014)

Berichte über die neuen Bücher zum Ersten Weltkrieg liest und deren Inhalt mit seinem eignen Geschichtsbild vergleicht, ist zutiefst irritiert und muss sich fragen, was ist dran an diesen neuen Thesen. Stimmt es, dass an diesem Krieg keiner Schuld hatte, wie es die neuen Bücher von Clark und Friedrich verheißten? Die neue These: Man sei in den Krieg hinein geschliddert. Das wird alles quellengesättigt erzählt. Aber werden die Quellen auch kritisch genug analysiert, werden die schließlich zum Krieg führenden Schritte der Politiker und Militärs unter dem Gesichtspunkt der sich in Europa nach 1900 extrem

verschärfenden wirtschaftlichen Interessengegensätze analysiert? Wer je die Quellen in Wien und Berlin gesehen hat, weiß, dass Kaiser Wilhelm II. seinem Vetter in Wien grünes Licht zum Krieg gegen Serbien gegeben hat, und dass er, als der deutsche Botschafter in Wien vor übereilten Schritten warnte, an den Rand des Berichtes schrieb, der Botschafter solle den Unsinn lassen: „Mit den Serben muss aufgeräumt werden und zwar bald.“ Die deutsche Führung wusste, dass Österreichs Krieg gegen Serbien, Krieg mit Russland und infolge des europäischen Bündnissystems auch mit Frankreich bedeutete. Und sie wollte den Krieg jetzt, auch aus Sorge, dass der russische Eisenbahnbau und die französische Nachrüstung den zeitweiligen militärischen Vorteil Deutschlands zunehmend ausgleichen musste. Dass England nach dem Einmarsch in das neutrale Belgien gemäß dem deutschen Angriffsplan des

Generals Schlieffen neutral bleiben würde, damit konnte die deutsche Führung ernsthaft nicht rechnen. Da waren die Reibungspunkte, durch die deutsche Flottennachrüstung und Kolonialpolitik provoziert, viel zu groß. Wenn dann noch gesagt wird, die Kriegsparteien hätten kein Motiv, kein Kriegsziel gehabt, dann bleibt dem geneigten Leser der Mund offen vor Staunen. Als ob es in Deutschland nicht den Alldeutschen Verband gegeben hätte, eine in Vereinsform organisierte Denkfabrik, die die Interessen v.a. der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie formulierte und deren enge Kontakte zur Regierung in den im Bundesarchiv Berlin erhaltenen Dokumenten dieses Vereins belegt sind. Die 1914 nach Ausbruch des Krieges erneut dargelegten Ziele: Annexion Belgiens, von westfranzösischen Gebieten, des Baltikums, von Westrussland, Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsraums unter deutscher Führung, daneben

ein Kolonialreich in Afrika, sind vom Alldeutschen Verband bereits 1906 und 1911 formuliert worden.

Bedenklich wird es dann besonders, wenn noch Parallelen zu den gegenwärtigen Krisen gezogen werden unter der Losung: „Was bedeutet es heute – Putin agieren zu lassen – um des lieben Friedens willen?“ Darf man vielleicht auch mal fragen, ob Russland nach 1990 nicht erwarten durfte, dass der Status quo nach dem kalten Krieg in Osteuropa erhalten bleibt? Aber dann musste es zusehen, wie die NATO, US-amerikanischen Ambitionen als alleiniger Weltmacht folgend, nach Osteuropa vorrückte, auf den Balkan, ins Baltikum, zuletzt die Hand nach der Ukraine ausstreckte, was den Verlust der Stützpunkte der Schwarzmeer-Flotte und nicht zuletzt bedeutender militärischer Ressourcen (strategische Raketenproduktion) befürchten ließ. Dazu zwei Fragen: Ist eine um Frieden bemühte Außenpolitik denkbar ohne Berücksichtigung der berechtigten Interessen der anderen Seite und schließlich, warum hat das vereinigte Deutschland nicht den historischen Schritt der Versöhnung, den Adenauer mit Frankreich vollzogen hat, nach 1990 mit Russland, über das es im zweiten Weltkrieg so viel Leid gebracht hat, nachvollzogen? Nur, weil es den Amerikanern nicht genehm war? Als ob Deutschland und Europa nicht eigene Interessen bei der Erhaltung des Friedens hätten!

Information aus dem Bundesvorstand der LINKEN

von unserem Redaktionsmitglied Marita Tändler-Walenta

Die Parteivorstandssitzung am 18./19. Oktober 2014 befasste sich mit wichtigen inhaltlichen Positionierungen unserer Partei.

Zunächst gab es eine längere Diskussion um die Vorlage zum Beschluss: „**Die Zeit drängt: Alle nichtmilitärischen Maßnahmen umgehend einleiten - Nein zu einem Bundeswehreinmarsch in Syrien**

und Nordirak“. Der Beschluss wurde mit acht Enthaltungen und zwei Gegenstimmen angenommen. Vorausgegangen waren verschiedene Positionspapiere um den Angriff der IS auf die faktisch selbstverwalteten Region Rojava, in welchem die Stadt Kobane liegt und den Umgang unserer Partei mit dieser Eskalation. Angesprochen wurden die ambivalente Rolle der Türkei, die als Durchlassland der aus Europa kommenden IS-Kämpfer gilt, sowie die zweifelhafte Positionierung der Türkei zur PKK. Dabei kam auch zur Sprache, dass die Türkei NATO-Mitgliedstaat ist und die Angriffe in

der Grenzregion auch zu einem NATO-Bündnisfall werden kann. Zudem wurde auf die Rolle der Interventionspolitik der westlichen Großmächte eingegangen. Festzuhalten ist, dass es über den vorliegenden Beschluss hinaus eine weitere Debatte zum Umgang und Positionierung geben muss.

Der nächste Themenschwerpunkt befasste sich mit der **Auswertung der Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen**. Dabei inbegriffen war die Einschätzung und der Umgang mit der AfD. Beschlossen wurde unter der Einbringung von Stefan Hartmann und Kerstin Köditz die Gründung einer Arbeitsgruppe zur AfD. Anschließend gab es verschiedene Informationsbeiträge: zum Thema NSU-Untersuchungsaus-

schluss von Petra Pau, Kerstin Köditz aus der sächsischen Perspektive und Janine Wiesler für Hessen. Festzuhalten bleibt, dass das Thema auch weiterhin auf der politischen Agenda steht und stehen muss, da es noch wesentliche Ungereimtheiten und Aufarbeitungspunkte gibt.

Anschließend wurden die inhaltlichen Schwerpunkte zum **Zukunftskongress** beschlossen, der im Zeitraum 23.-26. April 2015 stattfinden soll. (Der Aufruf dazu ist in unserer Oktober-Ausgabe veröffentlicht worden, d.R.) Dazu wird es in der kommenden Ausgabe der LINKSWORTE einen umfassenden Beitrag geben. Die nächste Vorstandssitzung findet am 29./30. November in Berlin statt.

fünf mädchen der linksjugend freiberg besuchen mit jugendgruppe nazi-vernichtungslager auschwitz



An einer durch die christliche Jugend Sachsens organisierten Fahrt in das Nazi-Vernichtungslager Auschwitz nahmen auch fünf Mädchen von der ['solid] - Gruppe Freiberg teil. Ihre Fahrt wurde aus Mitteln des Kreisverbandes der LINKEN für die politische Arbeit der ['solid] - Jugend finanziert. In unserer Dezember-Ausgabe werden die Jugendlichen an dieser Stelle ausführlich von ihren Eindrücken berichten.



Am 8. Mai sprach **Robert Sobolewski**, Mitglied des Kreisvorstandes der LINKEN und stellvertretender Vorsitzender der ['solid] - Jugend zur Kranzniederlegung in Rochlitz.

Wir sind unseren Leserinnen und Lesern noch den letzten Teil seiner Rede schuldig, in welchem er sich mit der **geschichtlichen Verstrickung der Stadt Rochlitz in das NS-Regime** beschäftigt. Was durch umfangreiche Wahlberichterstattung unterblieb, holen wir hiermit nach.

Bereits 1933 wurden Adolf Hitler und Hindenburg Ehrenbürger von Rochlitz.

Am 18. September 1944 entstand das Außenlager „Kommando Rochlitz“ des KZ Flossenbürg, welches durch über 600 ausschließlich jüdische Frauen betrieben wurde. Dort wurde Zwangsarbeit für die Rochlitzer Mechanik GmbH, welche u.a. Munition und Flugzeugteile auf dem Grund-

stück der heutigen SB- Halle fertigte.

Die Mechanik GmbH bildete zusammen mit anderen Rüstungsfirmen und der SS 1944 die „Kriegsbetriebsgemeinschaft Kali- Werk Georgi“ in Wansleben. Dort wurden in riesigen unterirdischen Produktionsstätten hydraulische Pumpen für Jagdflugzeuge und Triebwerke, sowie Elemente für Fernlenk Waffen wie die V1 und V2- Raketen gefertigt. Von Tausenden KZ- Häftlingen aus

Buchenwald und anderen großen Lagern, aber auch Zwangsarbeiterinnen aus Rochlitz. Viele wurden hier noch bis zum Zusammenbruch des Nazi-deutschlands zu Tode geschunden.

Letztlich wurde Rochlitz am 14. April 1945 durch die 44. Infanterie und der 6. Panzerdivision der 3. US Armee befreit. Im April 2003 wurde lediglich eine Gedenktafel an der Muldenbrücke angebracht, die an die Befreiung der Stadt und die Besetzung des Gebietes erinnert. Eine Gedenktafel für die jüdischen Arbeiterinnen gibt es leider nicht, obwohl wir von Linksjugend 'solid Mittelsachsen 2010 und 2011 dafür demonstrierten. Viele Rochlitzer wussten noch nicht einmal davon, da Rochlitz auch scheinbar nichts mehr davon wissen will. In diesem Sinne bleibt nur zu sagen Nie wieder Krieg, Nie wieder Faschismus, Kein Verge-

ben und kein Vergessen.

Zum Abschluss noch ein kleiner Bogen zu Europa:

Auch wenn es sich nach dem 2. Weltkrieg niemand mehr vorstellen konnte, könnte Europa durch den Ukraine-Konflikt wieder in einen direkten Krieg verstrickt werden. Wir hoffen sehr, dass es dazu nie kommen wird. Es freut mich, dass wir jüngeren Menschen auch in diesem Jahr durch Walther Exner und DIE LINKE hierher eingeladen wurden!

Ein herzliches Dankeschön und viel Respekt gilt auch **Sven Krause** vom Rochlitzer Geschichtsverein, welcher sich intensiv mit dem Kapitel Rochlitz in der NS- Zeit auseinandersetzt und Veranstaltungen mit Zeitzeugen organisiert.



Wir sehen einen Ausschnitt aus dem im vergangenen Jahr in Chemnitz/Rabenstein enthüllten Denkmal des „Vaters der Nachhaltigkeit“ Hans Carl von Carlowitz. Geboren 1645 in Rabenstein, hat Carlowitz - der u.a. auch als Oberberghauptmann in Freiberg wirkte - den Begriff der forstlichen Nachhaltigkeit geprägt. Inzwischen ist „Nachhaltigkeit“ im weitesten Sinne zu einem entscheidenden Faktor wirtschaftlicher Entwicklung geworden. Wir wollen Beispiele für Nachhaltigkeit suchen und finden, die ihre Wurzeln in der Vergangenheit haben und in die Zukunft reichen. Dazu gehört unter die sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit auch eine reichhaltige Kulturlandschaft.

Nach zwei Beiträgen aus der Feder unseres Redaktionsmitglieds Michael Matthes über industriegeschichtliche Aspekte und einem Beitrag von Hans Weiske über Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft setzen wir heute unsere im Februar wegen unserer umfangreichen Wahlberichterstattung unterbrochene Serie mit dem vierten Beitrag fort. In ihr berichtet Achim Grunke aus Freiberg über das Mittelsächsische Theater, welches 1993 aus der Fusion der Stadttheater Freiberg und Döbeln hervorging. Er konzentriert sich dabei auf das Haus Freiberg.

von Dr. Achim Grunke

Das Freiburger Theater geht jetzt in seine 224. Spielzeit. Es eröffnete seine Pforten erstmals 1791, nachdem ein Bürgerhaus aus dem 17. Jahrhundert dafür umgebaut wurde. Die Stadt Freiberg übernahm dann das Haus von einem privaten Unternehmer und sorgte in guten wie in schlechten Zeiten dafür, dass in Freiberg Theater gespielt wurde. Daher kann sich das Freiburger Theater heute stolz als das älteste Stadttheater der Welt ausweisen. Ältere städtische Theater existieren heute nicht mehr oder sind in Neubauten umgezogen. Der Begriff „Stadttheater“ steht hier für ein Theater, was von der Bürgerschaft in Städten begründet wurde, im Unterschied zum fürstlichen „Hoftheater“.

Zu einem besonderen Ereignis in den Annalen des Freiburger Theaters zählt die Uraufführung der frühen Oper „Das Waldmädchen“ von Carl Maria von Weber am 24. November 1800. Die lange verschollene Partitur wurde vor einigen Jahren im St. Petersburger Mariinski-Theater wieder aufgefunden. Und nun soll im nächsten Jahr, wenn das Theater in seine 225. Spielzeit geht, diese Oper seit 215 Jahren erstmals wieder in Deutschland erklingen.

Ende des 19. Jahrhunderts war das alte Freiburger Theater renovierungsbedürftig und für die zeitgemäßen Ansprüche zu eng geworden. Deshalb gab es ab 1880 immer wieder Um- und Erweiterungsbauten. Immer mehr Gebäude in dem Geviert zwischen Buttermarkt und Borngasse, Weingasse und Enger Gasse wurden dem Theater angegliedert. Mit den letzten umfassenden Baumaßnahmen, die 1983 begannen und zum 200.

Jubiläum 1991 abgeschlossen wurden, befindet sich der gesamte Häuserblock in der Hoheit des Theaters und vereint seitdem Werkstätten, Proberäume und eine Studiobühne unter seinem Dach.

Mit dem Eintritt in die Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 begann auch für das Freiburger Theater ein neues Zeitalter. Das nun im Grundgesetz verbriefte Recht auf Kunstfreiheit hatten sich die Theaterleute schon vorher in der Wende selbst zurück erobert. Aber nun ging es um die existenzielle Absicherung des Thea-

ter hin wurde bereits am 14. Juli 1993 die Mittelsächsische Theater- und Philharmonie gGmbH gegründet, ein Zusammenschluss der Stadttheater Freiberg und Döbeln. In der Summe wurde dabei in allen Bereichen das Personal reduziert, ja teilweise halbiert. Das Ballett als Sparte wurde gänzlich abgeschafft. Viele Theaterleute wurden arbeitslos, sie gingen dann vorzeitig in Rente oder mussten sich einen neuen Job suchen.

Wenn heutzutage auch allerlei moderne Technik Einzug gehalten hat, bleiben es doch die lebend-



ters, denn im neuen Gesellschaftssystem sollte fortan das Geld eine sehr dominante Rolle spielen. Doch was nutzt die Kunstfreiheit, wenn die weitere Finanzierung des Theaters im Ungewissen bleibt.

Als eigenständiges Stadttheater in mehreren Sparten konnte der Spielbetrieb nur noch für eine kurze Übergangszeit weitergeführt werden. Die Rettung brachte schließlich 1994 das Sächsische Kulturraumgesetz, mit dem durch die Bildung von Kulturräumen auch der Fusion von Theatern der Weg geebnet wurde. Auf dem Weg da-

gen Menschen auf und hinter der Bühne, ohne die kein Theaterbetrieb stattfinden kann. Im Mittelsächsischen Theater sind das ca. 160 festangestellte Personen und außerdem noch einige Gäste. Dazu gehören ca. 46 Orchestermusiker, der Opernchor mit 16 Mitgliedern, 22 Solisten im Ensemble, ca. 20 Leute in Leitung/Dramaturgie/Öffentlichkeitsarbeit, ca. 50 Personen „hinter der Bühne“ (Maske, Requisite, Ton und Beleuchtung, Malsaal, Werkstätten) und lediglich ganze 5 Personen in der Verwaltung.

Insgesamt finden jähr-

lich ca. 500 Vorstellungen statt, zu denen ca. 80 Tausend Besucher kommen. Feste Spielorte mit regelmäßigen Veranstaltungen sind die Häuser in Freiberg und Döbeln und in der Sommersaison die Seebühne Kriebstein. Daneben finden Vorstellungen in vielen anderen Orten des Landkreises Mittelsachsen statt (z.B. Neujahrskonzerte, Kammerkonzerte, Eröffnungskonzert des Mittelsächsischen Kultursommers am Technikumplatz in Mittweida, Kirchenkonzerte u.a.m.). Lesungen und kleine Programme in Buchhandlungen und Bibliotheken, Schlössern und Rathaussälen gehören ebenfalls zum künstlerischen Standardangebot. Beim „Theater im Klassenzimmer“ können eigens dafür inszenierte kleine Theaterstücke in jeder Schulklasse gespielt werden. Regelmäßig werden auch Konzerte für Schulen im Landkreis angeboten. An den Theatern Freiberg und Döbeln bestehen Theater-Jugendklubs.

Mit der 1993 durch die Fusion der Theater Freiberg und Döbeln sollte für Mittelsachsen eine gesicherte Theaterstruktur geschaffen werden. Jedoch mussten bereits ab 1996 bzw. 1997 bis 2008 die Mitarbeiter einen Haustarifvertrag hinnehmen und somit auf einen Teil des ihnen tariflich zustehenden Entgelts verzichten. Und wiederum nach über 20 Jahren klagt die Theater- und Philharmonie gGmbH erneut über finanzielle Nöte. Es wird immer schwieriger, unabweislich steigende Kosten im Rahmen der begrenzten Finanzen aufzufangen. Von den 3 Gesellschaftern haben die Städte Freiberg und Döbeln vorübergehend ihre Zuschüsse an das Theater abgesenkt, nur der Landkreis hält seinen bisherigen Zuschuss noch aufrecht.

Trotz angespannter Finanzlage gelingt es aber weiterhin, künstlerisch hochwertige Theater- und Orchesterarbeit zu leisten. Der Abschluss eines erneuten Haustarifvertrages scheint jedoch heranzunehmen. Es bleibt zu hoffen und zu wünschen, dass der Theaterbetrieb mit allen Sparten auch in Zukunft aufrecht erhalten wird. Voraussetzung dafür wäre eine merkliche Erhöhung der finanziellen Zuwendungen aus dem Kulturraum.

Wenn die Bergakademie Freiberg im nächsten Jahr ihr 250. Jubiläum feiern kann und die Stadt Freiberg künftig eine Universitätsstadt bleiben wird, dann sollten hier auch weiter Theater und philharmonische Konzerte zum kulturellen Leben dieser Stadt gehören.

kreisvorstand aktuell

Die Beratung des Kreisvorstandes fand - nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe - am 17. November statt. Auf der Tagesordnung standen lt. Einladung:

- das Konzept der Schaffung von Regionalstellen zur Unterstützung der Arbeit in den Kreisverbänden der sächsischen LINKEN, die Anfang 2015 ihre Arbeit aufnehmen werden
- die Ergebnisse der Finanzierung des Wahlkampfes 2014, die Beratung des Finanzplanes 2015 des Kreisverbandes sowie die langfristige Planung der Finanzierung der Wahlen bis zum Jahr 2019
- die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des Kreisparteitages am 9. Dezember 2014.

In unserer Dezember-Ausgabe werden wir über die Finanzierung der politischen Arbeit im Kreisverband und in den Ortsverbänden im kommenden Jahr informieren.

Berichterstattungen über den Kreisparteitag am 9. Dezember und den Kreistag am 10. Dezember sind leider erst im Januar möglich, da wir den Redaktionsschluss wegen der Weihnachtsfeiertage auf den 3. Dezember vorgezogen haben.

Im Nachgang zu unserer Kurzinformation über die Tagesordnung der **Sitzung des Kreisvorstandes am 13. Oktober** nur soviel: Es gab eine intensive Diskussion über den Nazi-Aufmarsch am 4. Oktober in Döbeln. Die Nazis marschierten! Das muss künftig verhindert werden und erfordert eine veränderte Strategie der Nazi-Gegner. Der Kreisvorstand ist der Auffassung, dass diese Strategie öffentlich diskutiert werden sollte und die Positionen für das Auftreten gegen die Nazis in den Folgejahren festgezurrert werden müssen.

Erneut rechter Anschlag auf unser Burgstädter Büro

Wie uns der Vorsitzende des Ortsverbandes Burgstädt, Ralf Jerke, informierte, haben unbekannte Täter in der Nacht vom 18. zum 19. Oktober erneut das Büro der LINKEN in der Goethestraße 16 angegriffen. Nachdem die Türjalousie vom letzten Anschlag am 4. Oktober mit einfachen, aber effektiven Mitteln wieder instandgesetzt wurde, ist der Schaden diesmal ungleich höher. Es macht sich nunmehr ein kompletter Austausch des Rollos erforderlich. „Unser momentanes Problem“, so Ralf Jerke weiter, „erstreckt sich aber noch in einen anderen Bereich. Um das Büro überhaupt wieder zugänglich zu machen, muss die Jalousie komplett entfernt werden. Dadurch ist der Eingangsbereich zur Zeit vollkommen ungeschützt. Ich weiß nicht, wie lange das gut geht. Eigentlich warten wir jetzt tagtäglich auf einen neuen Anschlag. Die Polizei hilft uns so gut sie kann, aber ob das reicht, werden die nächsten Tage zeigen.“

unsere jubilare

unsere genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich!



Im monat dezember 2014 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

Ursula Heintze	geb. am 01.12.1929,	in	Döbeln
Ruth Fritzsche	geb. am 01.12.1926,	in	Freiberg
Ruth Birndt	geb. am 02.12.1931,	in	Freiberg
Gerhard Lichtenberger	geb. am 03.12.1929,	in	Flöha
Günter Timmreck	geb. am 10.12.1933,	in	Mittweida
Inge Schubert	geb. am 12.12.1934,	in	Freiberg
Erika Kloth	geb. am 13.12.1944,	in	Burgstädt
Luise Matthes	geb. am 13.12.1920,	in	Brand-Erbisdorf
Anni Drechsel	geb. am 16.12.1929,	in	Flöha
Gertraud Heinrich	geb. am 16.12.1926,	in	Waldheim
Irmgard Junghannß	geb. am 16.12.1922,	in	Burgstädt
Margarete Semper	geb. am 16.12.1924,	in	Penig
Elsbeth Uhlig	geb. am 16.12.1925,	in	Flöha
Else Fischer	geb. am 17.12.1909,	in	Freiberg
Manfred Ranft	geb. am 22.12.1933,	in	Hainichen
Otto Lorenz	geb. am 22.12.1919,	in	Lunzenau
Lothar Fichtner	geb. am 26.12.1934,	in	Burgstädt
Hildegard Hentze	geb. am 26.12.1925,	in	Leisnig
Gottfried Richter	geb. am 26.12.1929,	in	Erlau-Seelitz
Dora Proksch	geb. am 27.12.1927,	in	Frankenberg
Waltraud Fischer	geb. am 28.12.1929,	in	Döbeln
Walter Kunze	geb. am 28.12.1922,	in	Hartha
Alfred Deierlein	geb. am 29.12.1931,	in	Flöha

jahrestage im monat dezember 2014

02.12. 1914: Karl Liebknecht votiert als einziger Abgeordneter im Deutschen Reichstag gegen die zweite Kriegskreditvorlage.

01.12. 1989: Die Volkskammer der DDR streicht die Führungsrolle der SED aus der Verfassung.

07.12. 1989: Erstmals tritt in Berlin der Runde Tisch unter dem Dach der Kirchen zusammen. Die Vertreter von Parteien und neu entstandenen Bewegungen verhandeln um Reformen in der DDR.

08.12. 1989: Beginn des Sonderparteitagges der SED, der am 16./17.12. fortgesetzt wird. Er beschließt die Erneuerung der Partei sowie ihre Umbenennung in SED-PDS.

14.12. 1989: Andrej Dimitrewitsch Sacharow, sowjetischer Atomphysiker und Regimekritiker, gestorben.

15./16.12. 1989: Die CDU der DDR distanziert sich auf einem Sonderparteitag in Berlin vom Sozialismus, bekennt sich aber noch zu ihrer Mitverantwortung für die Krise in der DDR.

16./17.12. 1989: Die Oppositionsgruppe „Demokratischer Aufbruch“ konstituiert sich als Partei.

19.12. 1989: Offizieller Besuch Helmut Kohls in der DDR und Treffen mit Ministerpräsident Hans Modrow in Dresden.

25.12. 1989: Hinrichtung von Nicolae Ceauşescu (Staatspräsident und Generalsekretär der RKP) in Rumänien.

29.12. 1989: Der Schriftsteller Václav Havel wird tschechoslowakischer Staatspräsident.

31.12. 1994: Die Berliner Treuhandanstalt beendet ihre Arbeit zur raschen Privatisierung volkseigener Betriebe in Ostdeutschland, bei der 2,3 Mio. Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren.

01.12. 1999: Fritz Fischer (Historiker, löste mit seinen Forschungen zur deutschen Politik im 1. Weltkrieg die Fischer-Kontroverse aus) in Hamburg verstorben.

17.12. 1999: Nach langwierigen Verhandlungen verständigt man sich auf die Entschädigung der noch lebenden Zwangsarbeiter aus NS-Zeit.

terminübersicht

november 2014:

- 17.11. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstands der LINKEN
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34
- 20.11. 18 Uhr Veranstaltung mit MdB **Caren Lay** zum Thema: "Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP und die Haltung der LINKEN"
Döbeln, „Treibhaus“, Bahnhofstraße 56
- 20.11. 18 Uhr Veranstaltung mit MdB **Michael Leutert** zum Thema: „Die Kriege in Syrien, Irak und der Ukraine – Antworten der LINKEN“
Mittweida, „Schwanenschlösschen“, Am Schwanenteich 1
- 26.11. Sitzung der Linksfraktion im Kreistag zum Kreishaushalt, in Freiberg

dezember 2014:

- 02.12. 19 Uhr Feierliches Symposium zum 100. Jahrestag des Votums Karl Liebknechts gegen die Kriegskredite
Berlin, Kulturzentrum WABE, Danziger Straße 101
- 03.12. Sitzung der Linksfraktion im Kreistag zur Vorbereitung der Kreistagssitzung vom 10. Dezember, in Cunnersdorf
- 08.12. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34
- 09.12. 17 Uhr **Kreisparteitag der mittelsächsischen LINKEN Siebenlehn, „Schwarzes Roß“, Freiburger Straße 9**



Veranstaltung mit MdB Michael Leutert am 20. November in Mittweida

Die gegenwärtigen Kriege in Syrien und Irak, mehr aber noch in der Ukraine, bewegen die Menschen. DIE LINKE hat sich sowohl zur Krisenregion Irak-Syrien, als auch zum Ukraine-Konflikt mehrfach geäußert. Aus aktueller Sicht stehen dabei für die **Krisenregion Irak-Syrien** das konsequente „Nein“ zu Bundeswehreinmärschen sowie die flüchtlingspolitischen Sofort-Forderungen der LINKEN und im **Ukraine-Konflikt** die Kritik der LINKEN an der Zustimmung des Bundeskabinetts zu Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine, Moldawien und Georgien im Mittelpunkt. Diese werden zu mehr Marktradikalismus und Sozialabbau führen und die Spannungen mit Russland vertiefen. Es drohen Deindustrialisierungsprozesse, wie sie in den ehemaligen Staaten Jugoslawiens aufbrachen.



Veranstaltung mit MdB Caren Lay am 20. November in Döbeln

Seit Sommer 2013 laufen Verhandlungen zur Transatlantischen Trade and Investment Partnership (TTIP). Ziel ist die umfassende Liberalisierung des internationalen Handels und ein entscheidender Schritt zur weltweit größten Freihandelszone mit rund 800 Millionen Einwohnern. TTIP soll als Antwort der Wirtschaft in EU und USA auf neue starke Wettbewerber dienen, welche die alte Vormachtstellungen gefährden und auch die Legitimität heutiger neoliberaler Wirtschafts- und Handelspolitik in Frage stellen. DIE LINKE unterstützt eine selbstorganisierte **europäische Bürgerinitiative gegen TTIP**. Sie will verhindern, dass Demokratie und Rechtsstaat ausgehöhlt und in intransparenten Verhandlungen Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (z. B. Wasserversorgung) und Kulturgüter dereguliert werden.

DISPUT

Über Aktionen und Fraktionen, über Infostände und Hartz-IV-Beratung.
Über »große« Politik und »kleine« Basisgruppe. Mit Berichten, Porträts, Interviews und Reportagen (nicht nur) aus dem politischen Alltag. Und mit einer einzigartigen Seite 48.

Jeden Monat für 2 Euro.
Im Jahresabo für 21,60 Euro:
DISPUT. Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
disput@die-linke.de
Telefon (030) 24 00 95 10

www.die-linke.de

DIE LINKE.

Abschied von Dr. Elisabeth Steinhoff

Am 18. Oktober, kurz vor Vollendung ihres 90. Lebensjahres, verstarb unsere Genossin Elisabeth Steinhoff aus Roßwein.

Die schwere Kriegs- und Nachkriegszeit prägte ihr Leben. 1946 begann sie das Studium als Diplomlandwirtin an der Humboldt-Universität Berlin. Bis 1990 war Elisabeth Steinhoff als anerkannte Spezialistin in der Landwirtschaft tätig.

1951 wurde sie Mitglied der SED und hielt ihrer Partei trotz Höhen und Tiefen 63 Jahre die Treue. Sie half Menschen uneigennützig bei der Bewältigung unterschiedlichster Angelegenheiten und schonte sich selbst dabei kaum. Auch als Stadträtin für DIE LINKE wirkte sie von 1999 bis 2014 unermüdlich und setzte sich dabei für die Stadt und Ihrer Bürger ein.

Die Stadtverwaltung Roßweins und die Fraktion der LINKEN im Stadtrat nahmen am 7. November in einer bewegenden Veranstaltung Abschied von Elisabeth Steinhoff.

Die Redaktion der LinksWorte schließt sich der tiefen Trauer an und dankt Elisabeth für ihre engagierte Arbeit für das Bürgerwohl und unsere Partei.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere verstorbenen Genossinnen:

**Erika Berger aus Mittweida
Anny Liebschner aus Penig**

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Gedenken bewahren.